

Hauptabteilung Politik und Beratung
Team Innenpolitik
Berlin, 28.01.2015



■ ■ ■ ■ ■ PARTEIENMONITOR AKTUELL

Positionen zur Debatte zur Sterbebegleitung

Berlin, 28.01.2015

Theresa Saetzler | Franziska Fislage

ANSPRECHPARTNER:

Nico Lange

Stv. Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3594
nico.lange@kas.de

Einleitung

Spätestens seit der Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag am 13. November 2014 erhält die Diskussion über Sterbebegleitung wieder erhöhte Aufmerksamkeit. Der folgende Parteienmonitor gibt in einer Synopse einen Überblick über die verschiedenen Positionen von Grundsatzprogrammen der Parteien über Parteibeschlüsse bis hin zur fraktionsübergreifenden Orientierungsdebatte im Bundestag am 13. November 2014.

Grundsatzprogramme

In ihren Grundsatzprogrammen äußern sich CDU und CSU zur Palliativmedizin und Sterbehilfe. Beide Parteien unterstützen den weiteren Ausbau der Palliativmedizin sowie die Ablehnung der aktiven Sterbehilfe. Die SPD spricht sich in ihrem Grundsatzpapier allgemein zum würdevollen Sterben aus. Hingegen werden in den Grundsatzpapieren der anderen Parteien keine Positionen hinsichtlich Sterbehilfe und Palliativmedizin geäußert.

Bisherige Beschlüsse der Parteien und Entwürfe

Die am weitesten gehende Position vertritt die CSU. Mit großer Mehrheit beschloss der Parteitag am 12. Dezember 2014 in Nürnberg ein unter der Leitung von Johannes Singhammer erarbeitetes Positionspapier, das als einziges ein ausnahmsloses Verbot des ärztlich assistierten Suizids fordert.¹

Die CDU hat auf dem Parteitag 2012 in Hannover beschlossen, organisierte Beihilfe zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen, selbst wenn sie unentgeltlich erbracht würde.² Ein noch in der letzten Legislaturperiode vorgelegter Gesetzesentwurf wurde vom Kabinett zwar vorgelegt, vom Bundestag aber nicht mehr verabschiedet.

Das FDP-geführte Justizministerium unter Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger legte 2012 einen Gesetzesentwurf vor, der nur die kommerzielle

¹ Beschlusspapier CSU (2014):

http://www.csu.de/common/download/Positionspapier_Ad_hoc_Gesamt.pdf (26.01.2015).

² Beschlusspapier CDU (2012)

<http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/121205-sonstige-beschluesse.pdf> (26.01.2015).

Sterbehilfe verbieten sollte.³ Da die meisten Sterbehilfeorganisationen aber als Vereine organisiert sind, wären sie von dem Verbot nicht betroffen gewesen. Die AfD wird sich erst 2015 positionieren.

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht den Ausbau von Hospizen und der Palliativmedizin vor: „Zu einer humanen Gesellschaft gehört das Sterben in Würde. Wir wollen die Hospize weiter unterstützen und die Versorgung mit Palliativmedizin ausbauen.“⁴

Gesetzesvorhaben

Bei der ersten Debatte zur Sterbebegleitung am 13. November 2014 wurden fünf Positionspapiere von fünf Parlamentariergruppen vorgestellt, die sich unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit zusammengefunden haben. Anfang 2015 wird es Expertenanhörungen geben. Federführend beim parlamentarischen Verfahren ist der Rechtsausschuss. Im zweiten Quartal 2015 soll es dann zur ersten Lesung eines Gesetzesentwurfs kommen.

Argumentationslinien der Positionspapiere

Weitgehende Einigkeit herrscht hinsichtlich des Ausbaus einer verbesserten und flächendeckenden Palliativ- und Hospizversorgung für todkranke Patienten.

Das einzige Positionspapier, das Beihilfe zum Suizid nicht nur für Ärzte und nahe Angehörige, sondern auch für Organisationen und Vereine straflos belassen will, stammt aus den Reihen von Grünen und Linke und plädiert für ein Festhalten an der derzeitigen Rechtslage, „wonach Vereine und Ärzte nach dem Strafrecht Beihilfe

³ Gesetzesentwurf FDP (2012): <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/111/1711126.pdf> (26.01.2015).

zum selbstbestimmten Freitod leisten dürfen“. Dennoch müsse künftig geregelt werden, dass Vereine aus der Beihilfe zum Freitod kein Kapital schlagen dürfen und Transparenzregeln eingehalten werden.⁵

Die vier anderen Abgeordnetengruppen treten alle für ein Verbot der Sterbehilfevereine ein.

Für die Union haben Michael Brand, Claudia Lücking-Michel und Michael Frieser ein Positionspapier vorgestellt, das die organisierte Beihilfe zum Suizid unter Strafe stellt.⁶ Suizidbeihilfe soll aber für nahe Angehörige und im Einzelfall für behandelnde Ärzte straffrei bleiben. Im Kern des Papiers steht die Verbesserung der Palliativ- und Hospizangebote. In der palliativen Begleitung soll Ärzten die Möglichkeit gegeben werden, „alle erforderlichen Medikamente einzusetzen und schwerkranken Patienten in der notwendigen Menge zu überlassen“. Hier geht es also um die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes.

Eine Gruppe um Peter Hintze (CDU) und Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD) sprechen sich für mehr Rechtssicherheit für Ärzte aus. Ihr Vorschlag orientiert sich am Gesetzesentwurf der Experten Taupitz, Wiesing, Borasio und Jox und soll statt im Strafgesetzbuch im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert werden.⁷ In dem Positionspapier wird eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes nicht erwähnt, jedoch ganz explizit in dem ihm zugrunde liegenden Gesetzentwurf.

Kerstin Griese (SPD) und Dr. Eva Högl (SPD) wollen ein Verbot organisierter Sterbehilfe im Strafgesetzbuch regeln, Rechtssicherheit für Ärzte herstellen und das Landesrecht vereinheitlichen.⁸

⁴ Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (2013): <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> (26.01.2015), S. 60.

⁵ Positionspapier Künast / Sitte / Gehring (2014): http://www.renate-kuenast.de/w/files/papiere/mehr-fuersorge-statt-mehr-strafrecht_positionspapier-sterbehilfe_.pdf (26.01.2015).

⁶ Positionspapier Lücking-Michel / Brand / Frieser (2014): <https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files100329/Begleiten%20statt%20Beenden%20-%20Schutz%20der%20W%C3%BCrde%20am%20Ende%20des%20Lebens%20-%20Positionspapier%20Suizidbeihilfe%20Palliativ-%20und%20Hospizversorgung.pdf> (26.01.2015).

⁷ Positionspapier Hinze / Lauterbach / Reiche / Wöhrl / Carola Reimann / Lischka (2014): http://www.carola-reimann.de/images/2014/2014-10-16_Sterbehilfe_Positionspapier_Hinze_Reimann.pdf (26.01.2015).

⁸ Positionspapier Griese / Högl (2014): http://kerstin-griese.de/PositionierungSterbehilfe_GrieseHoegl.pdf (26.01.2015).

Elisabeth Scharfenberg (Grüne) und Harald Terpe (Grüne) lehnen sowohl organisierte Sterbehilfe als auch die ärztliche Suizidbeihilfe ab, sofern diese institutionalisiert betrieben wird. Angehörige, nahestehende Personen, Ärzte sowie Angehörige anderer Heilberufe sollen im Einzelfall straffrei belassen werden, sofern letztere zu der sterbewilligen Person in einer langjähriger Behandlungsbeziehung stehen.⁹

⁹ Positionspapier Scharfenberg / Terpe (2014): <http://www.aerztezeitung.de/pdf/2014-12-11-sterbehilfe-scherfenberg.pdf> (26.01.2015).

1. Grundsatzprogramme der Parteien

	CDU	CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AFD
Allgemein	<p>Heilung, Leidminderung und die helfende Begleitung von Menschen in lebensbedrohlichen Situationen sind Ausdruck von Humanität, Solidarität und der im christlichen Glauben begründeten Nächstenliebe. Behinderte, Kranke, Sterbende und Menschen in anderen schwierigen Lebensphasen haben ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben.</p>	<p>Wir stehen zum Schutz des Lebens auch in Grenzsituationen, unabhängig davon, ob der Mensch schwach, krank oder behindert ist. Im Mittelpunkt steht immer der Mensch in seiner personalen Würde. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und Sterben in Würde</p>	<p>Menschen bedürfen am Lebensende der besonderen Solidarität. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde.</p>	<p>Der medizinische Fortschritt stellt uns vor die Frage, ob das technisch Mögliche auch das moralisch Vertretbare sowie das gesellschaftlich Richtige ist. Krankheit und Tod gehören zum menschlichen Leben. Jede Weiterentwicklung muss sich an der Menschenwürde, den Rechten von Bürgerinnen und Bürgern und an der Vielfalt des menschlichen Lebens orientieren.</p>	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben

	CDU	CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Palliativmedizin	Unterstützung der Palliativmedizin, der Hospize und andere Formen der Sterbegleitung, die Sterbenden die letzte Lebensphase und ihnen und ihren Angehörigen ein würdiges Abschiednehmen erleichtern.	Wir unterstützen den Ausbau der Palliativmedizin, von Hospizen und anderen Formen der Sterbegleitung. Zum würdevollen Sterben gehört die Beachtung des Willens des Sterbenden, gerade in Bezug auf lebensverlängernde Maßnahmen.	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Sterbehilfe	Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.	Herbeiführen des Todes durch die so genannte „Aktive Sterbehilfe“ lehnen wir entschieden ab.	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben

2. Bisherige Beschlüsse der Parteien und Entwürfe

	CDU Parteitagbeschluss 2012	CSU Parteitagbeschluss 2014	Gesetzesentwurf der Bundesregierung 2012	Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode
Ausbau der Palliativmedizin	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben	Ja
Regelleistung	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben	Keine Angaben
Verbot von indirekter / passiver Sterbehilfe, Palliativer Sedierung	Keine Angaben	Keine Angaben	Nein	Keine Angaben
Therapiezieländerung/Therapieverzicht/Therapieabbruch				
Änderung des Betäubungsmittelgesetzes	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Assistierter Suizid bei sterbenskranken Menschen	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Regelung	Im Strafrechtsgesetzbuch	Im Strafrechtsgesetzbuch	Im Strafrechtsgesetzbuch	Keine Angaben
Weitergehende Regulierung mit den Mitteln des Strafrechts	Ja	Ja	Ja	Keine Angaben
Straffreiheit für Angehörige	Keine Angaben	Ja	Ja	Keine Angaben
Änderung des Ständesrechts	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben	Keine Angaben
Straffreiheit für Ärzte in Einzelfällen	Keine Angaben	Nein	Ja	Keine Angaben
Straftatbestand bei organisiertem assistierten Suizid	Keine Angabe	Ja	Nein	Keine Angaben
Straftatbestand für ehrenamtliche Basis, kos-tendeckend	Ja	Ja	Nein	Keine Angaben
Straftatbestand für organisierte Sterbehilfe auf ehrenamtlicher Basis, kos-tendeckend	Ja	Ja	Nein	Keine Angaben

	CDU Parteitagbeschluss 2012	CSU Parteitagbeschluss 2014	Gesetzesentwurf der Bundesregierung 2012	Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode 2013
Straftatbestand für Geschäftsmäßige Sterbehilfereize	Ja	Ja Verbot im Strafrecht	Ja	Keine Angaben
Werbeverbot	Keine Angaben	Ja	Ja	Keine Angaben
Aktive Sterbehilfe	Keine Angaben	Keine Angaben	Nein	Keine Angaben
Lockerung des Verbots nach Artikel §216 StGB	Keine Angaben	Nein	Nein	Keine Angaben

3. Orientierungsdebatte

	Claudia Lücking-Michel (CDU), Michael Brand (CDU), Michael Frieser (CDU)	Peter Hintze (CDU), Karl Lauterbach (SPD), Katherina Reiche (CDU), Dagmar Wöhrl (CSU), Carola Reimann (SPD), Burkhard Lischka (SPD)	Kerstin Griese (SPD), Eva Högl (SPD)	Elisabeth Scharfberg (Grüne), Harald Terpe (Grüne)	Renate Künast (Grüne), Kaj Gehring (Grüne), Petra Sitte (Linke)
Ausbau der Palliativmedizin	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Verbot von indirekter / passiver Sterbehilfe, Palliativer Sedierung Therapiezieländerung/Therapieverzicht / Therapieabbruch	Nein	Nein	Nein	Keine Angaben	Keine Angaben
Änderung des Betäubungsmittelgesetzes	Ja Anwendung unter Überschreitung der Zulassungsbereiche und die Anwendung nicht zugelassener Mittel	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Assistierter Suizid bei sterbenskranken Menschen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Regelung	Im Strafbuch	Im BGB; Patientenverfügung	Im Strafbuch	Im Strafbuch	Im Strafbuch
Weitergehende Regulierung mit den Mitgliedern des Strafrechts	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
Straffreiheit für Angehörige	Ja Keine Überprüfung der Motivation	Keine Angaben	Ja	Ja Wenn sie nicht aus eigenen Motiven heraus handeln	Ja
Änderung des Strafrechts	Keine Angaben	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben	Keine Angaben

	Claudia Lücking-Michel (CDU), Michael Brand (CDU), Michael Frieser (CDU)	Peter Hintze (CDU), Karl Lauterbach (SPD), Katherina Reiche (CDU), Dagmar Wöhrl (CSU), Carola Reimann (SPD), Burkhard Lischka (SPD)	Kerstin Griese (SPD), Eva Högl (SPD)	Elisabeth Scharfberg (Grüne), Harald Terpe (Grüne)	Renate Künast (Grüne), Kai Gehring (Grüne), Petra Sitte (Linke)
Strafffreiheit für Ärzte in Einzelfällen	Ja Vier-Augen-Prinzip	Ja Vier-Augen-Prinzip	Ja	Ja	Ja
Straftatbestand bei organisiertem assistierten Suizid	Ja	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Ja
Straftatbestand für Organisierte Sterbehilfe auf ehrenamtlicher Basis, kostendekkend	Ja Verbot im Strafrecht	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben	Nein Vier-Augen-Prinzip Patientenverfügung
Straftatbestand für geschäftsmäßige Sterbehilfevereine	Ja Verbot im Strafrecht	Keine Angaben	Ja	Ja	Ja
Werbeverbot	Ja	Keine Angaben	Keine Angaben	Ja	Keine Angaben
Lockerung des Verbots nach Artikel §216 StGB	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein

4. Quellenangaben

Grundsatzprogramm der CDU 2007

http://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1 (26.01.2015).

Grundsatzprogramm der CSU 2007

http://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/grundsatzprogramm.pdf (26.01.2015).

Grundsatzprogramm der SPD 2007

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf (26.01.2015).

Grundsatzprogramm die Grünen 2002

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode 2013

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> (26.01.2015).

Beschlusspapier CSU 2014

http://www.csu.de/common/download/Positionspapier_Ad_hoc_Gesamt.pdf

Beschlusspapier CDU 2012

<http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/121205-sonstige-beschluesse.pdf> (26.01.2015).

Gesetzentwurf der Bundesregierung 2012

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/111/1711126.pdf> (26.01.2015).

Positionspapier Künast / Sitte / Gehring

http://www.renate-kuenast.de/w/files/papiere/mehr-fuersorge-statt-mehr-strafrecht_positionspapier-sterbehilfe_.pdf (26.01.2015).

Positionspapier Lücking-Michel / Brand / Frieser

<https://www.eopenportal.de/web/datapool/storage/files100329/Begleiten%20statt%20Beenden%20-%20Schutz%20der%20W%C3%BCrde%20am%20Ende%20des%20Lebens%20-%20Positionspapier%20Suizidbeihilfe%20Palliativ-%20und%20Hospizversorgung.pdf> (26.01.2015).

Positionspapier Hinze / Lauterbach / Reiche / Wöhrl / Carola Reimann / Lischka

http://www.carola-reimann.de/images/2014/2014-10-16_Sterbehilfe_Positionspapier_Hinze_Reimann.pdf (26.01.2015).

Positionspapier Griese / Högl

http://kerstin-griese.de/PositionierungSterbehilfe_GrieseHoegl.pdf (26.01.2015).

Positionspapier Scharfenberg / Terpe

<http://www.aerztezeitung.de/pdf/2014-12-11-sterbehilfe-scharfenberg.pdf> (26.01.2015).